

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft

Sitzung: Dienstag, 21.01.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:01 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE - Vorsitzender	anwesend
Herr Gerrit Stühmeier - CDU – Stellvertretender Vorsitzender	anwesend
Herr Frank Flake - SPD	anwesend
Herr Frank Graffstedt - SPD	anwesend; abwesend während TOP 7, 8 und 9
Frau Annette Schütze - SPD	anwesend
Herr Michel Winckler - SPD	anwesend
Frau Anke Kaphammel - CDU	anwesend
Frau Antje Maul - CDU	anwesend; Vertretung für: Herrn Sven-Markus Knurr
Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE	anwesend bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE	anwesend
Frau Michaline Saxel - Die FRAKTION. BS	anwesend

weitere Mitglieder

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP	anwesend
Frau Anneke vom Hofe - AfD	anwesend

sachkundige Bürger

Herr Prof. Dr. Gerd Biegel - Bürgermitglied (CDU)	anwesend
Frau Heike Blümel - Bürgermitglied (B90/GRÜNE)	anwesend
Herr Dr. Volker Eckhardt - Bürgermitglied (SPD)	anwesend
Herr Tobias Henkel - Bürgermitglied (CDU)	anwesend
Herr Marcus Körber - Bürgermitglied (B90/GRÜNE)	anwesend
Frau Cornelia Winter - Bürgermitglied (SPD)	anwesend
Herr Thorsten Wendt - Stadtheimatpfleger	anwesend

Gäste

Herr Detlef Lehmbruck - Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK), RefL 33 Theater, Musik,	anwesend bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
--	--

Kunst und Literatur

Frau Corinna Fischer - Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK), Abtl 3 Kultur, Erwachsenenbildung	anwesend bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Frau Dagmar Schlingmann - Staatstheater Braunschweig, Generalintendantin	anwesend von 15:10 Uhr bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Herr Stefan Mehrens - Staatstheater Braunschweig, Verwaltungsdirektor	anwesend bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Herr Dirk Schaper - Erster Sprecher der Ehrenamtlichen im Städtischen Museum Braunschweig	anwesend bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)

Verwaltung

Frau Prof. Dr. Anja Hesse - Dez. IV	anwesend
Frau Dr. Anette Haucap-Naß - RefL 0412	anwesend
Herr Dr. Stefan Malorny - FBL 41	anwesend
Frau Anika Filitz - AbtL 41.0, Tonprotokoll	anwesend
Frau Kristin Komm - StL 41.11	anwesend von 15:10 Uhr bis 17:19 Uhr (einschl. TOP 3.4.)
Frau Doreen Hijazi - Abt. 41.0	anwesend
Frau Julia Pellegriti - Abt. 41.0	anwesend bis 17:15 Uhr (einschl. TOP 3.1.)
Frau Amelie Schultze - Abt. 41.0, Geschäftsführung, Schriftprotokoll	anwesend
Frau Elke Scheler - St.41.11	anwesend
Frau Tonia Trappe - St. 41.11	anwesend
Frau Zoe Ritter - FB 41, Tonprotokoll	anwesend

Abwesend

Mitglieder

Herr Sven-Markus Knurr - parteilos	entschuldigt
------------------------------------	--------------

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS	entschuldigt
--------------------------	--------------

sachkundige Bürger

Herr Wolfgang Jünke - Stellvertretender Stadtheimatpfleger	entschuldigt
--	--------------

Verwaltung

Herr Dr. Joch - RefL 0413	entschuldigt
Herr Dr. Henning Steinführer - RefL 0414	entschuldigt
Herr Dr. Ulf Hilger - AbtL 41.1	entschuldigt
Herr Daniel Keding - AbtL 41.2	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.2024

3	Mitteilungen	
3.1	Planungen zur Sanierung des Großen sowie des Kleinen Hauses, Staatstheater Braunschweig (mündliche Mitteilung)	
3.2	Vorstellung der Arbeit der Ehrenamtlichen im Städtischen Museum Braunschweig (mündliche Mitteilung)	
3.3	Aktivitäten und Projekte des Dezernates IV für Kultur und Wissenschaft im Bereich der Wissenschaft (mündliche Mitteilung)	
3.4	Vorstellung der Anlaufstelle für die Kulturszene und des Newsletters "KulturKompass" des Fachbereiches 41 Kultur und Wissenschaft (mündliche Mitteilung)	
3.5	Ergebnis der Evaluation des Tanzförderprogramms nach der Förderperiode 2024	24-24911
3.6	Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig "Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus"	25-24949
4	Anträge	
5	Antrag auf kulturelle Projektförderung des Festivals "Kultur im Zelt" im Jahr 2024	25-25007
6	Antrag des KufA e.V. auf kulturelle Kontinuitätsförderung im Jahr 2025	25-25091
7	Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig	25-25031
8	Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte von Dr. Otto Lipmann auf dem Ev.-luth. Hauptfriedhof Abt. 24 FB 21	24-24912
9	Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Familiengrabstätte von Friedrich Werner Graf von der Schulenburg auf dem Ev.-luth. Hauptfriedhof Abt. 57 FB 25	24-24913
10	Anfragen	
10.1	Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig "Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus": Anfrage zur Vorlage 25-24949	25-24949-01
10.1.1	Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig "Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus": Anfrage zur Vorlage 25-24949	25-24949-01-01
11	Nichtöffentlicher Teil: Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung	

12 Mitteilungen

13 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Böttcher eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden, nennt die abwesenden Mitglieder und ihre Vertretungen und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Ausschussvorsitzender Böttcher stellt einen Antrag auf Geschäftsordnung zur Umstellung der Tagesordnung. Er schlägt aufgrund einer Verspätung von Frau Schlingmann vor, TOP 3.2. „Vorstellung der Arbeit der Ehrenamtlichen im Städtischen Museum Braunschweig (mündliche Mitteilung)“ vor TOP 3.1., „Planungen zur Sanierung des Großen sowie des Kleinen Hauses, Staatstheater Braunschweig (mündliche Mitteilung)“, zu behandeln. Er schlägt weiter vor, TOP 10.1. und 10.1.1., Anfrage und Stellungnahme „Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig ,Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus‘: Anfrage zur Vorlage 25-24949“ (DS Nr. 25-24949-01/-01), zusammen mit TOP 3.6., schriftliche Mitteilung „Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig ,Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus“ (DS Nr. 25-24949), zu behandeln. Der Ausschuss stimmt dem zu.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.2024

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 1

3. Mitteilungen

3.2. Vorstellung der Arbeit der Ehrenamtlichen im Städtischen Museum Braunschweig (mündliche Mitteilung)

Herr Schaper stellt sich als Erster Sprecher der Ehrenamtlichen im Städtischen Museum Braunschweig vor. Er bedankt sich für die Einladung durch Kulturdezernentin Frau Prof. Dr. Hesse. Anlass für eine Vorstellung im Ausschuss sei die Sorge ob der mangelhaften Ausstattung des Städtischen Museums Braunschweig im Altstadtrathaus, insbesondere vor dem Hintergrund anstehender Anlässe wie der Hansetag 2027 in Braunschweig oder das 1.000-jährige Stadtjubiläum in 2031. Herr Schaper zeigt im Weiteren eine Präsentation, die dem Protokoll anhängt.

Für das Städtische Museum Braunschweig seien im Altstadtrathaus ca. 85 Ehrenamtliche aktiv, die meisten davon seien Rentnerinnen und Rentner. Viele Ehrenamtliche seien parallel, neben ihrem Engagement, auch Mitglieder des „Verein Freunde des Städtischen Museums Braunschweig e.V.“ und unterstützen die Museumsarbeit finanziell.

Die Ehrenamtlichen führen Touristinnen und Touristen, Schulklassen, Einheimische, Betriebsgruppen und Organisationen durch das Altstadtrathaus, und zwar kostenlos von dienstags bis sonnabends mit täglich vier Führungen. Es sei ein Alleinstellungsmerkmal unter deutschen Museen, dass die gesamte Arbeit in den Ausstellungsräumen des Altstadtrathauses durch Ehrenamtliche geleistet werde.

Neben positiver Rückmeldung zu den Führungen und „Schätzen“ in der Ausstellung zur Stadtgeschichte gebe es von den Gästen auch immer wieder Kritik zur mangelhaften, technischen Ausstattung. Die Ehrenamtlichen hätten zusammen mit der Leitung des Städtischen Museums Braunschweig entschieden, bestimmte Elemente im „Reparaturstatus“ selbst auszubessern, während andere Elemente größerer Umbaumaßnahmen bedürften.

Herr Schaper zeigt Beispiele für technische Mängel sowie notwendige Änderungen im Konzept der Ausstellung, die infrastrukturelle Umbauten notwendig machten. So seien derzeit viele Dinge ohne inhaltlichen Zusammenhang dargestellt. Solche Zusammenhänge müssten herausgearbeitet und abgebildet werden. Er weist auf Unterstützungsbedarfe für solche Verbesserungen hin. Er wisse um die finanzielle Lage der Stadt Braunschweig, jedoch müsse sich die Ausstellung zur Stadtgeschichte beispielsweise zum 1.000-jährigen Stadtjubiläum angemessen repräsentieren. Hierfür müsse ein museumspädagogisches Konzept erstellt werden; beispielsweise könne man die Stadtgeschichte anhand eines Zeitstrahles darstellen, wofür die Räumlichkeiten im Altstadtrathaus aber nicht geeignet seien; oder es könnten stattdessen Schwerpunkte der Stadtgeschichte dargestellt werden.

Ratsherr Böttcher fragt vor dem Hintergrund anstehender Großereignisse (darunter der Tag der Niedersachsen 2026 in Braunschweig), der benannten Defizite und möglicher, alternativer Konzepte, welche Unterstützungsbedarfe konkret bestünden.

Herr Schaper verweist darauf, dass er nicht für die Leitung des Städtischen Museums Braunschweig sprechfähig sei. Er wisse jedoch davon, dass an Konzeptansätzen und der Ermittlung der Umsetzungskosten gearbeitet werde. Die Ehrenamtlichen stünden der Museumsleitung für eine Unterstützung zur Verfügung. Im Rahmen einer schrittweisen Veränderung böte es sich an, anlässlich des Hansetages 2027 die Epoche des Mittelalters in Braunschweig neu abzubilden.

Frau Blümel (Bürgermitglied) fragt, warum sich die Ehrenamtlichen mit ihrem Anliegen nicht an die Leitung des Städtischen Museums Braunschweig wendeten.

Herr Schaper antwortet, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Städtischen Museum Braunschweig sei beschränkt. Bei den Ausstellungsräumen im Altstadtrathaus handele es sich um ein komplettes zweites Haus des Museums.

Ratsfrau Dr. Flake dankt den Ehrenamtlichen für ihren Einsatz. Sie erinnert an die drohende Schließung des Museumsteiles im Altstadtrathaus, die allein durch das Engagement der Ehrenamtlichen abgewendet werden konnte. Es bedürfe neuer Konzepte für die Ausstellung. Eine Schwierigkeit stelle der Umstand dar, dass der Doppelhaushalt 2025/26 bereits beschlossen sei.

Ratsherr Flake erinnert an die Vorgeschichte des Museumsteils im Altstadtrathaus. Im Jahr 2001/2002 habe es einen Beschluss zur Einsparung gegeben, der die Schließung dieses Teiles des Städtischen Museums Braunschweig vorgesehen habe. Die Ehrenamtlichen hätten den Museumsteil durch ihr Engagement gerettet. Man habe im Kulturausschuss die weitere Entwicklung verfolgt. Im Museum im Altstadtrathaus begonnen und endeten viele Stadtführungen; es sei ein Museum mit hoher Besucherfrequenz. Die Stadtgeschichte Braunschweigs sei nur in diesem Haus des Städtischen Museums Braunschweig abgebildet, weshalb es unbedingt zu erhalten sei. Die Ratsfraktionen seien vor Ort gewesen; eine Neukonzeption sei, insbesondere zu Anlässen wie der Tag der Niedersachsen 2026, der Hansetag 2027 oder das 1.000-jährigen Stadtjubiläum in 2031, dringend angezeigt. Er bedankt sich bei den Ehrenamtlichen für ihre Arbeit, sichert die Unterstützung durch die SPD-Fraktion zu und bittet die Verwaltung um eine Perspektive.

Ratsfrau Schütze schließt sich dem an. Man habe sich bei der Neugestaltung des Städtischen Museums Braunschweig dafür entschieden, die Stadtgeschichte nicht im Haupthaus am Löwenwall abzubilden. Ohne die Arbeit der Ehrenamtlichen in den Ausstellungsräumen im Altstadtrathaus wäre die Stadtgeschichte Braunschweigs nicht mehr abgebildet. Diese sei jedoch vielseitig und identitätsstiftend, allein schon, weil sie sich im Stadtbild widerspiegele. Sie dankt Herrn Schaper für die Schilderung der Situation und schließt sich ihren Vorrednerinnen und -rednern an, dass spätestens bis zum 1000-jährigen Stadtjubiläum in 2031 Handlungsbedarf gegeben sei. Es brauche Geld, professionelle Ausstattung und ehrenamtliche

Arbeit. Sie sehe den Kulturausschuss in der Pflicht; die entsprechenden Mittel müssten in den Haushalt eingestellt werden. Da es sich um bauliche Veränderungen handele, müsse man davon ausgehen, entsprechend Zeit zu investieren.

Ratsfrau Kaphammel kommentiert, die vorangegangenen Ausführungen seien im Sinne der CDU-Ratsfraktion. Die Defizite seien bei der Führung durch die Ausstellungsräume im Altstadtrathaus deutlich geworden. Man unterstütze die Erarbeitung neuer museumspädagogischer Konzepte und deren Umsetzung. Wünschenswert sei eine personelle Unterstützung aus dem Haupthaus des Städtischen Museums am Löwenwall.

Ratsfrau Glogowski-Merten stimmt Ratsfrau Kaphammel zu. Es sei wünschenswert, wenn der Leiter des Städtischen Museums Braunschweig, Herr Dr. Joch, in einer der kommenden AfKW-Sitzungen viele noch offene Fragen beantworten könnte.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) kommentiert, der Prozess beginne heute mit dem politischen Bekenntnis zur Unterstützung; im Weiteren sei dann die Verwaltung gefragt. Da der Doppelhaushalt 2025/26 bereits verabschiedet worden sei, könne man derzeit nur auf die finanzielle Unterstützung durch eventuelle Spenden oder die Akquise von Drittmitteln hoffen. In jedem Fall bedürfe es eines Konzeptes für eine Umgestaltung.

Herr Prof. Dr. Biegel (Bürgermitglied) hebt die Besonderheit hervor, dass der Teil des Städtischen Museums Braunschweig im Altstadtratshaus rein durch die Arbeit von Ehrenamtlichen getragen werde. Pläne zu Veränderungen müssten im Kreise des Städtischen Museums Braunschweig besprochen werden.

Er erinnert an den musealen Startpunkt im Jahr 1990, als zusammen mit dem Staatstheater Braunschweig eine landesgeschichtliche Ausstellung zu 300 Jahren Theater in Braunschweig gezeigt wurde. Das 1.000-jährige Stadtjubiläum in 2031 sei ein gebotener Anlass für die Ehrenamtlichen, die Neukonzeption der Ausstellung zur Stadtgeschichte zu unterstützen.

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) erinnert an die drohende Schließung und den intendierten Verkauf des Altstadtrathauses. Die Lösung, dass dieses Haus allein durch die Arbeit von Ehrenamtlichen getragen werde, sei in Deutschland einmalig.

Sie antwortet auf Ratsherrn Flake, zum 1. März 2025 werde ein Volontär angestellt, der zusammen mit den Ehrenamtlichen die Neukonzeption erarbeiten werde. Die Verwaltung werde diesen Prozess eng begleiten. Sie habe bereits in der Runde der Ehrenamtlichen angelegt, die Ehrenamtlichen könnten andere Museen bereisen, um Beispiele für museumspädagogische Konzepte in Erfahrung zu bringen. Die Verwaltung sei über die Problematiken im Bilde und im engen Austausch mit den Ehrenamtlichen.

Ratsfrau Schütze fragt nach der zeitlichen Planung, welche weiteren Schritte bis zum 1.000-jährigen Stadtjubiläum 2031 geplant seien, und inwiefern dieser Prozess durch den AfKW begleitet werden solle.

Frau Prof. Dr. Hesse verweist auf die Präsentation von Herrn Schaper. Die Leitungen des Städtischen Museums und des Stadtarchives Braunschweig müssten zusammen mit den Ehrenamtlichen grundsätzliche Entscheidungen zur Konzeption und zu den Exponaten einer Ausstellung zum 1.000-jährigen Stadtjubiläum fällen. Vor der Sommerpause sollten die Leitungen des Städtischen Museums und des Stadtarchives Braunschweig, der neuangestellte Volontär und Herr Schaper dem AfKW zum Sachstand berichten. Das Konzept sollte bis zur Anmeldung von Mittel für den neuen Doppelhaushalt 2027/28 Anfang des Jahres 2026 fertig gestellt sein.

Ratsherr Böttcher begrüßt den Vorschlag von Frau Prof. Dr. Hesse bzgl. einer Sachstandsmeldung im AfKW.

Ratsfrau Blümel bedankt sich ebenfalls bei den Ehrenamtlichen für ihre Arbeit. Sie fragt, ob diese nicht personelle Unterstützung bräuchten.

Herr Schaper erwidert, die Stärke der Ehrenamtlichen liege im fundierten Wissen über die Geschichte Braunschweigs.

Frau Prof. Dr. Hesse ergänzt, eine Mitarbeiterin des Städtischen Museums Braunschweigs koordiniere die Einsätze der Ehrenamtlichen. Diese Stelle sei als Wertschätzung und Unterstützung der Ehrenamtlichen durch die Verwaltung zu verstehen.

Ratsfrau Kaphammel fragt, ob die Verwaltung über den Sachstand berichten werde, und ob ein beispielsweise interfraktioneller Antrag im AfKW sinnvoll sei.

Frau Prof. Dr. Hesse erwidert, die Verwaltung werde regelmäßig berichten. Der Verwaltung sei der politische Wille deutlich geworden; ein interfraktioneller Antrag sei jedoch sicher hilfreich. Sie gehe davon aus, dass Mittel i.H.v. 400.000 bis 500.000 Euro in die Neukonzeption und Umgestaltung des Altstadtrathauses investiert werden müssten.

Herr Schaper dankt dem Ausschuss für die Zustimmung und betont, der Erhalt des Teils des Städtischen Museums Braunschweig im Altstadtratshaus liege den Ehrenamtlichen am Herzen.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.1. Planungen zur Sanierung des Großen sowie des Kleinen Hauses, Staatstheater Braunschweig (mündliche Mitteilung)

Ausschussvorsitzender Böttcher begrüßt die Referentinnen und Referenten, Frau Fischer, Abteilungsleiterin 3 Kultur, Erwachsenenbildung, und Herrn Lehmbruck, Referatsleiter 33 Theater, Musik, Kunst und Literatur im Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK), sowie Frau Schlingmann, Generalintendantin, und Herrn Mehrens, Verwaltungsdirektor des Staatstheaters Braunschweig.

Frau Fischer bedankt sich für die Einladung in den Ausschuss. Das Ministerium stehe in engem Austausch mit dem Staatstheater Braunschweig und der Stadt Braunschweig. Sie berichtet im Folgenden zu den Sanierungsplanungen bzgl. des Kleinen und des Großen Hauses des Staatstheaters Braunschweig, alle Planungen befänden sich in einem frühen Stadium.

Die Frage der Sanierung des Kleinen Hauses sei seit Jahren diskutiert worden. In verschiedenen technischen Bereichen hätten sich Handlungsbedarfe aufgetan. Man sei froh, dass es gelungen sei, 33,7 Mio. Euro im Haushalt des Landes Niedersachsen für die Sanierung des Kleinen Hauses zu verankern. Die groben Etappen der Sanierung beständen in der Bedarfserklärung und einem Vergabeverfahren für Planungsleistungen bis Ende des zweiten Quartals 2025; einer Planungsphase und Vergabe der Bauleitungen bis in das vierte Quartal 2026; sowie dem Beginn der Bauphase in 2027. Derzeit ließe sich nicht verbindlich sagen, für welchen Zeitraum das Kleine Haus zwecks Sanierungen geschlossen werden müsse. Eine Sanierung werde allerdings nicht ohne zeitweise Schließung der Spielstätte umzusetzen sein. Die Sanierung des Kleinen Hauses werde vom Staatlichen Baumanagement Braunschweig baufachlich begleitet und vorbereitet. Eine nähere Ausgestaltung der Sanierungsmaßnahmen könne zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgestellt werden. Allerdings könnten die folgenden Maßnahmencluster benannt werden: bauliche Maßnahmen im Bereich der Bühne aus arbeitsschutzrechtlichen Gründen und Gründen des Bühnenbetriebes und der Bühnentechnik; Sanierungsmaßnahmen im Hochbau im übrigen Gebäude als Sanierung der inneren Baukonstruktionen aufgrund von Abnutzung, Verschleiß und Anforderungen des Arbeitsschutzes, sowie außen, des Daches und der Fassade, soweit möglich; ferner Maßnahmen aufgrund von Brandschutzanforderungen; und die Sanierung von Haustechnik aus Gründen der Betriebssicherheit, der Hygiene und der Energieeffizienz. Da es sich demnach um eine umfassende Sanierung handele, müsse es im Planungsprozess darum gehen, die baulichen Bedarfe und verfügbaren finanziellen Mittel in Einklang zu bringen.

Die Aspekte Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Klimaschutz seien von besonderer Bedeutung. Für die Sanierung von Theaterspielstätten seien solche Abwägungsprozesse typisch. Dies führe zu langen Planungsphasen. Das Niedersächsische MWK lege dabei Wert auf einen engen Austausch mit der Theaterleitung. Es fänden regelmäßige Bausitzungen unter Beteiligung des Staatstheaters Braunschweig, der Stadt Braunschweig und des Niedersächsischen MWK statt. Die Vergabeverfahren für Planungsleistungen sollten bis zum Ende des zweiten Quartals 2025 abgeschlossen sein. Wenn damit die Bedarfserklärung vorliege, wolle

man die Frage der finanziellen Beteiligung der Stadt Braunschweig ins Auge fassen und im Sommer die Gespräche mit der Stadt Braunschweig dazu fortsetzen. Bis dahin seien hoffentlich auch Aussagen zu den zeitlichen Abläufen der Sanierungsmaßnahmen möglich. Der Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig sehe vor, dass bei derart umfangreichen Baumaßnahmen eine vertragliche Vereinbarung über die Höhe und den Zeitpunkt der Kostenbeteiligung der Stadt Braunschweig zu treffen sei, wobei mindestens von einer Beteiligung der Stadt in Höhe eines Drittels der Kosten auszugehen sei.

Frau Fischer berichtet im Weiteren zu den Sanierungsplanungen für das Große Haus. Es handle sich städtebaulich, architekturengeschichtlich und historisch um eine einzigartige Spielstätte und das Herzstück des Staatstheaters Braunschweig. Hier sei es noch wichtiger, die notwendigen Maßnahmen in einem umfassenden Prozess zu prüfen. Bei einer Sanierung müssten Aspekte des Denkmalschutzes beachtet werden. Es gebe zahlreiche Beispiele deutscher, historischer Theaterspielstätten, bei denen sich die Dimension von Sanierungsmaßnahmen im Zuge der Umsetzung sehr verändert hätten. Oft käme es zu einem sehr starken Anstieg der Dauer und Kosten der Sanierung, weil erst während der Planung und Umsetzung grundlegende Entscheidungen getroffen werden könnten. Deshalb sei es der Landesregierung wichtig, vor Beginn der Planungen grundsätzliche Verständigungen über die strategischen Ziele zu entwickeln. Die Sichtweise der Theaterleute sei hier sehr wichtig. Das Staatstheater Braunschweig befasse sich bereits mit dieser Fragestellung, die einige Zeit in Anspruch nehmen werde. Eine finanzielle Dimension der Sanierung des Großen Hauses könne heute noch nicht benannt werden.

Die Landesregierung habe sich bewusst entschieden, zuerst das Kleine Haus zu sanieren. So lasse sich am besten verhindern, dass das Kleine und das Große Haus aufgrund von Sanierungen zeitgleich schließen müssten. Es sei bemerkt, dass man sich im Bauprozess des Kinder- und Jugendtheaters in der Husarenstraße befindet, welches nach der Eröffnung zu Entlastungen führen könne.

Herr Mehrens bemerkt, das Staatstheater Braunschweig sei glücklich über die laufende Sanierung des Kinder- und Jugendtheaters. Er berichtet im Folgenden zu den Sanierungsbedarfen des Großen und des Kleinen Hauses; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt. Die Geschichte des Staatstheaters Braunschweig umfasse rund 300 Jahre. Im Zweiten Weltkrieg sei das Theater (heute: das Große Haus) zerstört, direkt danach sei es wieder aufgebaut worden. Die Probleme im baulichen Bereich, d.h. eine marode Baustruktur mit hohem Sanierungsbedarf, hielten an.

Ein Beispiel hierfür seien die regelmäßigen Wassereinbrüche durch Dach und Fassade. Im Theatersaal des Großen Hauses sei die Obermaschinerie zuletzt 1989 teilsaniert worden; nach wie vor gebe es viele Ausfälle, und es seien kaum Ersatzteile zu erhalten; eine Sanierung hätte einen Ersatz der Maschinerie durch ein modernes, d.h. computergesteuertes System zum Ziel. Teile der Untermaschinerie, die wichtig für szenische Verwandlungen sei, seien Ende der 1930er Jahre gebaut und nach Ende des Zweiten Weltkrieges nach Braunschweig gebracht und verbaut worden. Inzwischen sei jedoch Verschleiß gegeben, z.B. sei der Boden uneben; mitunter fielen deshalb Veranstaltungen aus. Für diese bühnentechnische Steuerung seien keine Ersatzteile mehr lieferbar. Auch hier sei das Ziel einer Sanierung der Ersatz durch eine neue, computergesteuerte Maschinerie. Die Lüftungstechnik stamme aus den 1960er Jahren. Oft beschwerten sich Zuschauerinnen und Zuschauer, dass es im Sommer entweder zu warm oder zu kalt im Publikumsraum sei. Die Anlage sei eine der größten Energieverbraucher im Haus. Eine Sanierung bestünde in einem Ersatz durch neue Technik inkl. einer Steuerung und Klimatisierung.

Das Kleine Haus hingegen stamme aus den 1990er Jahren. Relevante Aspekte einer Sanierung seien Anforderungen des Energiesparens, des Brandschutzes und der Arbeitssicherheit, die sich inzwischen massiv verändert hätten. Für die Maschinerien seien ähnliche Probleme gegeben wie im Großen Haus; Ziel einer Sanierung müsse die Ermöglichung eines vollständigen Bühnenbetriebes sein. Daneben bräuchte es Schutzmaßnahmen gegen regelmäßige Überschwemmungen des Kellers durch Hochwasser am Anna-Amalien-Platz, mit denen zukünftig aufgrund von Starkregenereignissen häufig zu rechnen sei.

Herr Mehrens bedankt sich für die Aufmerksamkeit und bietet an, auf Wunsch durch die beiden Häuser zu führen.

Ratsherr Böttcher bedankt sich für den Vortrag. In einem Artikel in der Braunschweiger Zeitung (BZ) aus November 2023 sei angekündigt gewesen, dass bereits im Sommer 2024 die Sanierungen des Staatstheaters Braunschweig beginnen sollten; er fragt, warum sich dies geändert habe, und bittet um eine Darstellung im Protokoll.

Protokollnotiz: Das Staatstheater Braunschweig und das Niedersächsische MWK antworten wie folgt: Der BZ-Artikel bezieht sich vermutlich auf den für die Öffentlichkeit noch nicht sichtbaren Planungsbeginn der Maßnahme. Das Staatliche Baumanagement Niedersachsen hat 2024 mit Planungs- und Organisationsarbeiten wie z.B. der Bestellung des Projektteams und dem Vergabeverordnung (VgV)-Verfahren begonnen. Das deckt sich auch mit den Auskünften des Niedersächsischen Landesamtes für Bau und Liegenschaften (NLBL) aus dem August 2024. Die eigentliche Baumaßnahme soll danach mit der Schließung Ende des 1. Quartals 2027 beginnen. Aktuell wird ein Baubeginn im 2. Quartal 2027 angenommen. Es gibt entsprechend aktuell keine wesentliche Verschiebung im zeitlichen Ablauf.

Ratsherr Böttcher fragt weiter, ob aufgrund der Mängel eine Einstellung des Spielbetriebes drohe.

Herr Mehrens antwortet, wenn die Betriebstechnik und die Sicherheitssysteme ausfielen, könnte es zu einer Einstellung des Spielbetriebes kommen.

Ratsherr Stühmeier bedankt sich bei den Gästen für die Darstellung. Er bittet um eine Handreichung zu den Kosten. Weiter bittet er um einen Hinweis an den Ausschuss, inwiefern politische Beschlüsse in der Sache notwendig seien.

Herr Lehmbrock bedankt sich für die Würdigung. Ein „Preis“ für die Sanierung des Großen Hauses könne jedoch noch nicht benannt werden. Eine zu frühe Diskussion von Kosten bürge die Gefahr, dass diese nicht auf vollständigen Planungen aufbauten. So entwickelten sich häufig die Kosten im Laufe des Prozesses. Die Baufachleute seien zurückhaltend, was Aussagen zu den Kosten betreffe. Das Niedersächsische MWK sei beizeiten jedoch gerne zu Sachstandsmeldungen im AfKW bereit. Der Vertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig verpflichte beide zu gemeinsamen Verhandlungen über die Kosten. Frau Fischer sagt zu, den Sprechzettel zur Verfügung zu stellen. Es handele sich dabei um vorläufige Informationen.

Protokollnotiz: Der o.s. Redebeitrag von Frau Fischer bildet den zu Grunde liegenden Sprechzettel detailliert ab.

Herr Dr. Eckhardt (Bürgermitglied) erinnert an den Ratschlag der Agenturen im Rahmen der Planungen des Baus eines „Hauses der Musik“, solche Projekte umfänglich zu planen. Er lobt Frau Schlingmann und Herrn Mehrens dafür, dass sie um den Einbezug der Stadtgesellschaft bemüht seien. Die Politik und Bürgerschaft seien gefragt. Der Einbezug der Stadtgesellschaft könnte auch durch das Konzept geschehen, indem man z.B. einen „Dritten Ort“ plane.

Frau Schlingmann kommentiert, man sei tatsächlich darum bemüht, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Die laufende Sanierung des Kinder- und Jugendtheaters sei bereits eine gute Perspektive. Das Kleine Haus sei in der Tat sanierungsbedürftig; jeder Tag sei aufgrund der Mängel eine Belastung, auch wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bühnentechnik die Probleme mit kreativen Lösungen auszugleichen versuchten. Eine Generalsanierung des Kleinen Hauses werde sich lohnen.

Ratsfrau Schütze dankt der Theaterleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit. Das Staatstheater Braunschweig führe tolle Theaterstücke auf, habe mit fünf Sparten ein großes Angebot und eine große Bedeutung. Der Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft der Stadt Braunschweig sei erheblich durch die Kosten, die für das Staatstheater Braunschweig aufgewendet würden, bestimmt bzw. betroffen. Sie fragt, in welche Richtung sich das Theater unter der neuen, zukünftigen Intendanz entwickeln werde, und ob die Sanierung des Großen Hauses durch das Land Niedersachsen Priorität einnehme. Sie halte eine priorisierte Behandlung für geboten, eine solche Priorisierung habe auch die Sanierung des Kleinen Hauses erfahren, sodass diese inzwischen finanziert sei.

Frau Fischer antwortet auf die zweite Frage, aktuell seien 100.000 Euro beim Land Niedersachsen für die Entwicklung eines zunächst nur groben Sanierungskonzeptes des Großen Hauses angedacht. Das sei eine große Unterstützung durch den für die Finanzierung verantwortlichen Haushaltsgesetzgeber. Die Mittel müssten jedoch noch in die Haushalte eingestellt werden. Zunächst bedürfe es einer Verständigung im Landtag. Sie bemerkt, es sei nicht absehbar, wann die dem Großen Haus vorausgehende Sanierung des Kleinen Hauses abgeschlossen sei.

Ratsherr Flake bedankt sich ebenfalls bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den Betrieb im Staatstheater Braunschweig entgegen aller Einschränkungen aufrecht erhielten. Er dankt den Referentinnen und Referenten für die Darstellungen.

Er zitiert die Beschlussvorlage „Haushaltssatzung 2025/2026 der Stadt Braunschweig“ (DS Nr. 24-24845, beschlossen im Rat der Stadt Braunschweig am 17.12.24): „Aktuell liegen Informationen vor, dass sich die Stadt Braunschweig in den nächsten Jahren (voraussichtlich ab 2027) zahlungswirksam an den Sanierungsmaßnahmen des Staatstheaters Braunschweig aufgrund des Staatstheatervertrages zu beteiligen hat. Es wird derzeit von einem Kostenanteil für das ‚Kleine Haus‘ und das ‚Große Haus‘ von rd. 41-52 Mio. € ausgegangen. Die Kosten sind jedoch noch zu verifizieren. Eine Aufnahme bei den Ansatzveränderungen hat daher nicht stattgefunden.“ Er schließe daraus, dass wenn der Kostenanteil der Stadt Braunschweig bei bis zu 52 Mio. Euro liege, müssten die Gesamtkosten bei rd. 150 Mio. Euro liegen. Das seien exorbitante Zahlen.

Das zuständige Gremium in dieser Sache sei eigentlich der Verwaltungsausschuss (VA) des Staatstheaters. Nun berate man die Sache heute jedoch im AfKW der Stadt Barunschweig, in dem auch Mitglieder des VA des Staatstheaters säßen. Er begrüße die Trennung der Sanierungen des Großen und des Kleinen Haus zwecks Verhinderung von Ausfällen des Spielbetriebes.

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) kommentiert, die Verwaltung sei froh über die Beteiligung des Landes Niedersachsen zu zwei Dritteln an der Finanzierung. Früher habe das Land Niedersachsen die Stadt Braunschweig bezüglich der Vorbereitung des städtischen Haushaltes mit der Notwendigkeit der Finanzierung von Baumaßnahmen für das Staatstheater Braunschweig überrascht. Seit der „Klarstellungsvereinbarung“ zwischen Land und Stadt habe sich das geändert. Die Stadt Braunschweig könne sich glücklich schätzen, dass das Land Niedersachsen darauf verzichtet habe, die Stadt an der Finanzierung der derzeit laufenden Sanierung des Gebäudes zur Unterbringung des Kinder- und Jugendtheaters zu beteiligen. Die Stadt Braunschweig und das Land Niedersachsen seien gleichermaßen von der Knappheit finanzieller Mittel betroffen. Sie sei froh, wenn der Spielbetrieb erhalten bliebe; die Verwaltung würde nötigenfalls auch gerne mit alternativen Probenräumen aushelfen. Eine Unterstützung aus der Bürgerschaft wäre auch begrüßenswert. Das Land Niedersachsen und die Stadt Braunschweig seien sich in der Sache einig.

Ratsfrau Göring fragt nach, wie der Hinweis von Frau Fischer gemeint gewesen sei, eine Wiedereröffnung des Kinder- und Jugendtheaters nach Abschluss der Sanierung könne Entlastung für den Spielbetrieb im Großen und im Kleinen Haus schaffen, während diese saniert würden. Sie fragt, ob es tatsächlich geplant sei, den Spielbetrieb aus den beiden Häusern womöglich für Jahre in das Gebäude des Kinder- und Jugendtheaters zu verlegen. Es bestünden Ängste, dass die Sparte des Kinder- und Jugendtheaters so wegfallen könne.

Frau Schlingmann antwortet Ratsfrau Göring, das werde nicht passieren. Bei Notwendigkeit einer Schließung des Kleinen Haus zwecks Sanierung sei allenfalls eine „kleine“ Unterbringung im Kinder- und Jugendtheater angedacht. Zunächst sollte sich das Kinder- und Jugendtheater in seiner neuen Spielstätte in der Husarenstraße etablieren können. Das Kleine Haus werde nicht einfach mit seinem Programm dorthin übertragen; vielmehr bedürfe es dafür eines eigenen Konzeptes.

Ratsherr Stühmeier schließt sich der Bitte von Ratsherrn Flake an, das MWK möge sich zu der geschätzten Kostenhöhe von 150 Mio. Euro für die Sanierung des Großen Hauses äußern. Dies sei notwendig, damit die Politik einen Eindruck für den nächsten Doppelhaushalt

2027/28 gewinnen könne, und weil die Öffentlichkeit einen Anspruch auf diese Information habe.

Weiter erbittet er die Mitteilung eines Zeitplanes. 2027 stünden Landtagswahlen in Niedersachsen an; weiter werde die Leitung des Staatstheaters Braunschweig in naher Zukunft wechseln. Er fragt, warum nicht bereits jetzt ein Konzept zur Sanierung des Großen Hauses erarbeitet werde. Andernfalls könnten sich die Diskussionen darum später noch länger ziehen, und man laufe Gefahr, auch aufgrund von Transparenzmangel die Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger für das Vorhaben zu verlieren.

Er fragt weiter, inwiefern eine Beteiligung bzw. Beschlussfassungen des AfKW als politisches Gremium in der Sache notwendig seien.

Frau Fischer antwortet auf die zweite Frage von Ratsherrn Stühmeier, man limitiere sich nicht. Die Vorüberlegungen zur Sanierung des Großen Hauses hätten bereits begonnen. Es sei jedoch nur eine mittelfristige Planung über ca. drei Jahre möglich, sodass realistisch derzeit kein Zeithorizont für den Sanierungsbeginn benannt werden könne. Zudem stünden der Baubeginn bzw. die Sanierungen des Kleinen Hauses im Jahr 2027, deren Abschluss nicht absehbar seien, einer solchen Aussage entgegen.

Herr Lehmbrock ergänzt, Wahlen und Legislativen spielen keine Rolle in der Sache. Die beschriebenen Abläufe seien für vergleichbare Projekte so üblich. Die Vorplanung und Festlegung von Zielen der Sanierung seien immens wichtig. Andernfalls drohten Kostenexplosionen im Laufe der Sanierungen, wie z.B. im Fall der Berliner Staatsoper geschehen.

Frau Prof. Dr. Hesse kommentiert, der Staatstheatervertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Braunschweig regele, dass sich das Land als Träger der Staatstheaters Braunschweig mit zwei Dritteln in der Majorität bzw. die Stadt mit einem Drittel in der Minorität befindet. Entscheidend für kommende Entwicklungen seien „Vereinbarungen“, die es weiter zu treffen gelte.

Frau Fischer kommentiert den Redebeitrag von Ratsherrn Flake mit der Versicherung, der VA des Staatstheaters und der Rat der Stadt Braunschweig würden weiterhin über Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten; zudem sei das Land Niedersachsen durch bestehende Vereinbarungen und Verträge zur Kommunikation mit der Stadt Braunschweig angehalten.

Ausschussvorsitzender Böttcher dankt den Referentinnen und Referenten für ihren Bericht. Er begrüßt den Vorschlag, dass der Ausschuss weiterhin über Sachstände informiert werde.

Es liegen keine weiteren Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.3. Aktivitäten und Projekte des Dezernates IV für Kultur und Wissenschaft im Bereich der Wissenschaft (mündliche Mitteilung)

Aufgrund der vorangegangenen Sitzungsdauer wird die geplante mündliche Mitteilung von der Verwaltung zurückgezogen. Es wird vereinbart, die Behandlung auf die nächste AfKW-Sitzung am 05.03.25 zu verschieben.

3.4. Vorstellung der Anlaufstelle für die Kulturszene und des Newsletters "KulturKompass" des Fachbereiches 41 Kultur und Wissenschaft (mündliche Mitteilung)

Frau Trappe (St. 41.11) stellt sich dem Ausschuss vor; die Präsentation ist dem Protokoll angehängt.

Sie habe im Juni 2024 die Stelle für Kulturberatung übernommen, die 2022 auf Ratsbeschluss hin eingerichtet worden sei. In diesem Rahmen unterstütze sie die Kunst- und Kulturschaffenden sowie künstlerische Vereine und Initiativen aus Braunschweig bei der Umsetzung ihrer Arbeit. Sie habe Kunstgeschichte und Kulturanalyse studiert und im Anschluss daran mehrere Jahre im kommunalpolitischen Bereich gearbeitet; nun freue es sie, dass sie diese beiden Interessenbereiche verbinden könne.

Die Tätigkeit in der Kulturberatung drehe sich vor allem darum, Kulturschaffende bei der Realisierung ihrer Veranstaltungen und Projekte zu unterstützen, denn häufig bestünden Unklarheiten bzgl. des Ablaufes von Genehmigungsprozessen und Ansprechpartnerinnen und -

partnern in den Behörden. D.h. ein großer Bestandteil der Beratung bestehe darin, mit anderen Ämtern zu kommunizieren, Zuständigkeiten zu klären, Kulturschaffende mit den entsprechenden Verwaltungseinheiten zu vernetzen und gezielt Informationen einzuholen.

Die wichtigste Zielsetzung sei die Hilfe zur Selbsthilfe, also die Kulturschaffenden fortwährend über Regularien und Verwaltungsabläufe umfassend zu informieren, die für ihre Vorhaben relevant sind, wobei die Beratung ganz konkret zum Anliegen habe, ein nachhaltiges Wissen bei den Künstlerinnen und Künstlern darüber zu schaffen, welche Schritte in welcher Reihenfolge notwendig sind, um ein bestimmtes Projekt auf den Weg zu bringen. Das beziehe sich ganz konkret vor allem auf den Zeithorizont, der für einen Genehmigungsprozess oder ein sonstiges Antragsverfahren eingeplant werden muss.

Ein wichtiger Aspekt sei, dass die Kulturschaffenden durch die Beratung ein Verständnis dafür entwickeln können, warum die Verwaltung gewisse Entscheidungen trifft oder bestimmte Vorgaben macht. Das verbessere die Zusammenarbeit und ermögliche einen reibungsloseren Ablauf bei der Planung von Kulturprojekten. Sie beschreibt jüngste Beratungsfälle und Problemstellungen.

Frau Trappe stellt im Folgenden den Newsletter „KulturKompass“ vor. Dieser solle quartalsweise erscheinen; die erste Ausgabe sei im November 2024 versendet worden. Der Kulturkompass sei inhaltlich spezifisch auf Kunst- und Kulturschaffende und künstlerische Institutionen ausgerichtet und solle u.a. Informationen zu Förderprogrammen auch über Braunschweig hinaus, also auch mit Blick auf die Bundes- und EU-Ebene, anbieten, sowie zu Antragsfristen, kostenfreien Seminaren und anderen Themen, die für die Kulturschaffenden relevant sind. Zum Newsletter anmelden könne man sich auf der städtischen Website unter „Kulturförderung und Kulturberatung“.

Sie gibt abschließend einen Ausblick auf Vorhaben, die im Rahmen der Kulturberatung demnächst umgesetzt werden sollen. Zum einen werde geprüft, ob ein Instagram-Account analog zum „KulturKompass“ eingerichtet werden könne. Das wäre ein niedrigschwelliges Werkzeug, um mit Kunst- und Kulturschaffenden in den Austausch zu treten und sie mit relevanten Informationen zu versorgen. Weiterhin sollen evtl. kostenfreie Seminare angeboten werden, um Künstlerinnen und Künstler in praktischen Bereichen (wie z.B. die Erstellung von Förderanträgen, Projektcontrolling oder Öffentlichkeitsarbeit) weiterzubilden. Zudem sei die Erstellung von Leitfäden und Broschüren geplant, um den Kulturschaffenden bessere Orientierung, z.B. bzgl. der Nutzung von Leerständen oder Angeboten der Kulturförderung, zu bieten.

Ausschussvorsitzender Böttcher dankt Frau Trappe für den Vortrag und wünscht ihr alles Gute.

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.5. Ergebnis der Evaluation des Tanzförderprogramms nach der Förderperiode 2024 24-24911

Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

3.6. Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig "Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus" 25-24949

Die Verwaltung verzichtet auf eine mündliche Einleitung zur Mitteilung.

10.1. Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) Braunschweig "Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste - Konzeptentwicklung Neues Haus": Anfrage zur Vorlage 25-24949 25-24949-01

Die Anfragenstellerin verzichtet auf eine mündliche Einbringung der Anfrage.

**10.1.1. Antrag des Dachverbandes Freie Darstellende Künste (DFDK) 25-24949-01-
Braunschweig "Notfallpaket II für die freien darstellenden Künste 01
- Konzeptentwicklung Neues Haus": Anfrage zur Vorlage 25-
24949**

Herr Dr. Malorny (FBL 41) verliest die Stellungnahme. Es liegen keine Wortbeiträge vor. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

4. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

5. Antrag auf kulturelle Projektförderung des Festivals "Kultur im Zelt" im Jahr 2024 25-25007

Die Verwaltung verzichtet auf eine mündliche Einleitung zur Beschlussvorlage. Ausschussvorsitzender Böttcher fasst die Beschlussvorlage zusammen.

Ratsherr Stühmeier weist darauf hin, dass das in Frage stehende Projekt bereits abgeschlossen sei. Er möchte wissen, warum die Bewilligung der Förderung dem Ausschuss erst jetzt zur Beschlussfassung vorgelegt werde, anders als andere Projektförderanträge im zweiten Halbjahr 2024. Zudem werde in der Beschlussvorlage mit Planzahlen kalkuliert, nicht mit tatsächlichen, nachträglichen „Ist-Zahlen“. Er bittet darum, dass diese „Ist-Zahlen“ zunächst von der Verwaltung zur Verfügung gestellt würden, und die Beschlussvorlage erst dann beraten wird, zumal der Beschlussgegenstand nicht zeitkritisch sei.

Ratsherr Stühmeier stellt einen Antrag auf Geschäftsordnung zwecks Zurückstellen der Beschlussvorlage.

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) erwidert auf den Beitrag von Ratsherrn Stühmeier, der Beschlussgegenstand sei insofern zeitkritisch, da Kulturveranstaltungen wie das in Frage stehende Festival „Kultur im Zelt“ auch im Nachhinein Kosten verursachten, und die Antragstellerinnen und -steller auch in diesem Sinne auf eine zeitnahe Auszahlung der Fördermittel angewiesen seien.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) beantwortet die erste Frage von Ratsherrn Stühmeier wie folgt: Der Projektförderantrag sei eingegangen und danach einer genauen Prüfung unterzogen worden. Die Kulturverwaltung habe Nachfragen zum Kosten- und Finanzierungsplan gestellt, womit sich der zeitliche Verzug erkläre. Die Beantwortung und abschließenden Prüfungen hätten mehr Zeit als üblich erfordert.

Er erläutert in Antwort auf die zweite Frage von Ratsherrn Stühmeier das für die Projektförderung übliche Prozedere. Eine Prüfung der Verwendungsnachweise finde im letzten Schritt und damit nachgängig statt. Erst im Rahmen dieser abschließenden Prüfung könnten die ursprünglichen Planungskosten mit den Realkosten abgeglichen werden. Die Verwaltung habe dann die Möglichkeit, ggf. nicht verausgabte Mittel von den Antragstellerinnen und -stellern zurückzufordern. Bis zur Frist der Einreichung der Verwendungsnachweise gingen bei den Institutionen, die große Projekte veranstalteten, i.d.R. noch zu begleichende Rechnungen im Nachgang zum Projekt ein. Viele Institutionen würden Projekte dieser Art nicht mehr durchführen können, wenn sie die Mittel nicht noch im Nachgang zur Durchführung erhielten. Oft streckten die Institutionen finanzielle Mittel für die Realisierung vor, mitunter aus privaten Eigenmitteln.

Ratsfrau Kaphammel fragt nach, warum dem Ausschuss keine Beschlussvorlage mit den „Ist-Kosten“ und einer Gewinn-Verlust-Rechnung vorgelegt werde.

Herr Dr. Malorny antwortet, wie bei allen anderen Projektförderungen sei der eingereichte Projektförderantrag Basis für eine Verwaltungsentscheidung gewesen, die auf den Grundsätzen des städtischen Haushaltes und den Maßgaben der „Förderrichtlinie der Stadt Braunschweig für den Fachbereich Kultur“ basierte. Die Darlegungen im Antrag zum Finanzie-

rungsdefizit entsprächen den Erfordernissen der Kulturförderrichtlinie. Die Überprüfung der tatsächlichen Kosten erfolge im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung. Lediglich das Förderelement der Rasensanierung sei außergewöhnlich im Vergleich zu anderen Projektförderanträgen. Projektförderungen von Defiziten, die durch Infrastrukturerfordernissen entstehen, seien aber generell förderfähig und würden bei anderen Projekten ebenfalls gefördert. Zudem habe der Rat im Falle des Festivals „Kultur im Zelt“ eine Mittelbereitstellung seit vielen Jahren für derartige Förderungen im Haushalt bereitgestellt.

Ausschussvorsitzender Böttcher weist Ratsherrn Stühmeier darauf hin, dass eine Beratung nach Stellen eines Antrages auf Geschäftsordnung zwecks Zurückstellen eines Beratungsgegenstandes nicht mehr möglich sei, und ein solcher Antrag i.d.R. sofort zur Beschlussfassung gestellt werden müsse. Er empfiehlt, zukünftig erst inhaltliche Fragen zu stellen, und erst nach Beantwortung ggf. einen Antrag auf Zurückstellen zu stellen.

Ratsfrau Schütze pflichtet Ausschussvorsitzendem Böttcher bei und bittet um Einhaltung der Geschäftsordnung.

Ratsherr Stühmeier zieht den Antrag auf Geschäftsordnung zwecks Zurückstellen der Beschlussvorlage zurück.

Beschluss:

Dem Projektförderantrag für das Festival „Kultur im Zelt“ im Jahr 2024, organisiert durch den Verein Kulturzelt Braunschweig e.V., wird, basierend auf den im Haushalt zur Verfügung stehenden Mitteln i.H.v. 21.446 €, als Zuwendung aus Mitteln der Projektförderung 2024 teilweise zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 3

6. Antrag des KufA e.V. auf kulturelle Kontinuitätsförderung im Jahr 2025 25-25091

Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) leitet zur Beschlussvorlage ein. Sie lobt die Bemühungen des neuen Vorstandes des KufA e.V. Braunschweig. Sie wäre froh, wenn die Politik dem Verein und den neuen Veranstalterinnen und -veranstaltern im Soziokulturellen Zentrum eine Chance gebe. Das neue Konzept erfülle die Anforderungen der Verwaltung an den Betrieb eines modernen Soziokulturellen Zentrums.

Ratsherr Böttcher äußert, er sei froh über den gestellten Antrag auf des KufA e.V. auf Fortsetzung der Kontinuitätsförderung und über die Beschlussvorlage der Verwaltung. Es sei eine Neuaufstellung gelungen und gute Arbeit geleistet worden.

Ratsherr Flake begrüßt im Namen der SPD-Fraktion ebenfalls die Neuaufstellung des Vereines und des Soziokulturellen Zentrums. Er bedankt sich bei der neuen Geschäftsführung und der Kulturverwaltung für die geleistete Arbeit, die in den vergangenen Monaten vom AfKW laufend begleitet werden konnte, und lobt den neuen Vorstand des KufA e.V. für die Inanspruchnahme externer rechtlicher Beratung. Man sehe das „KufA-Haus“ als Soziokulturelles Zentrum nun auf gutem Wege. Die im Rahmen der Beschlussvorlage „Doppelhaushalt 2025/2026 Stellenpläne“ (DS Nr. 24-24766-01) für die Kulturverwaltung beschlossene Personalstelle für ein Controlling der Kontinuitätsförderung (Stellenplanantrag der Politik Nr. SP187) stelle eine fortgesetzte Unterstützung des Vereines von Verwaltungsseite her sicher. Ratsfrau Schütze schließt sich ihm an und betont, das „KufA-Haus“ liege der SPD-Ratsfraktion am Herzen.

Ratsherr Stühmeier dankt dem neu aufgestellten KufA e.V. Er schlägt vor, der neue Vorstand des KufA e.V. möge sich sowie die Perspektiven und Ziele des Vereines einmal in einer Sitzung des AfKW vorstellen. Die CDU-Ratsfraktion freue sich über die Entwicklungen. Man empfinde die Beschlussvorlage der Verwaltung jedoch als überflüssig; es sei schließlich kein Beschluss in der Sache notwendig und es handle sich lediglich um ein symbolisches, politisches Votum. Er dankt der Verwaltung für die Darstellung.

Frau Prof. Dr. Hesse bestätigt, die Verwaltung wolle sich ihr Tun durch ein Votum der Politik bestätigen lassen. Sie dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abt. 41.0 für ihre Bemühungen für den Erhalt des KufA-Hauses.

Ratsfrau Saxel dankt der Kulturverwaltung ebenfalls im Namen der Gruppe im Rat DIE FRAKTION.BS. Man freue sich über die positiven Entwicklungen.

Ratsherr Stühmeier stellt einen Antrag auf Geschäftsordnung zwecks Übergang auf die Tagesordnung ohne Beschlussfassung in der Sache.

Ratsherr Flake erläutert, im Rahmen des Beschlusses der Haushaltssatzung würden Mittel lediglich veranschlagt und die Verwaltung grundsätzlich zur Verfügung darüber ermächtigt. Der Oberbürgermeister bzw. Hauptverwaltungsbeamte könne jedoch gemäß des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetztes (NKomVG) eine Angelegenheit einem politischen Gremium zur Beschlussfassung vorlegen. Dies erkläre die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Ratsfrau Schütze kommentiert, sie verstehe nicht, warum der Antrag auf Geschäftsordnung gestellt werde.

Ratsherr Stühmeier erhält den Antrag auf Geschäftsordnung zwecks Übergang auf die Tagesordnung ohne Beschlussfassung in der Sache aufrecht.

Abstimmungsergebnis (zum Antrag auf Geschäftsordnung):

3 / 7 / 0

Beschluss:

Die Kontinuitätsförderung für den Kultur für Alle e.V. (KufA e.V.), im Haushalt 2025 unter der Produktnummer 1.25.2733.09 geführt, wird in der geplanten Höhe von 169.900 EUR (inkl. 3,91 % Dynamisierung) für 2025 fortgeführt.

Abstimmungsergebnis:

7 / 0 / 0

Protokollnotiz: Die Ratsmitglieder der CDU-Fraktion nehmen an der Abstimmung nicht teil.

7. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig 25-25031

Es gibt keine Wortbeiträge.

Beschluss:

Die sechste Satzung zur Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

8. Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Grabstätte von Dr. Otto Lipmann auf dem Ev.-luth. Hauptfriedhof Abt. 24 FB 21 24-24912

Es gibt keine Wortbeiträge.

Beschluss:

Der Verlängerung des Ehrengrabstatus für die Grabstätte von Dr. jur. Otto Lipmann auf dem Ev.-luth. Hauptfriedhof, Abt. 24 FB 21, wird bis zum Jahr 2035 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

- 9. Verlängerung des Grabnutzungsrechts der Familiengrabstätte von Friedrich Werner Graf von der Schulenburg auf dem Ev.-luth. Hauptfriedhof Abt. 57 FB 25**

24-24913

Es gibt keine Wortbeiträge.

Beschluss:

Der Verlängerung des Ehrengrabstatus für die Familiengrabstätte von der Schulenburg auf dem Ev.-luth. Hauptfriedhof, Abt. 57 FB 25, wird bis zum Jahr 2035 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

10. Anfragen

Mündliche Anfrage zu Veranstaltungen von „Kultur vor Ort“:

Ratsherr Winckler fragt, worin sich die starken Reduzierungen von Veranstaltungen des Formates „Kultur vor Ort“ begründeten, und ob es bei dieser geringen Anzahl bliebe. Frau Prof. Dr. Hesse (Dez. IV) antwortet, für die Veranstaltungen sei in der Kulturverwaltung nur ein Sachbearbeiter zuständig; zudem mangele es an finanziellen Mitteln. Man würde gerne mehr machen, auch weil das Veranstaltungsformat immer gut angenommen worden sei. Vor dem Hintergrund der Haushaltsslage der Stadt Braunschweig hoffe sie auf Impulse aus den Stadtteilen

Ratsherr Graffstedt fragt nach, ob die Kulturverwaltung diese Nachfrage auch in der morgigen Sitzung des betroffenen Stadtbezirksrates (StBR) 321 Lehndorf-Watenbüttel beantworten könne.

Herr Dr. Malorny (FBL 41) antwortet, es liege bereits eine Antwort des Fachbereiches 41 Kultur und Wissenschaft vor, die in der morgigen Sitzung des StBR 321 verlesen werde.

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

gez. Böttcher
Vorsitz

gez. Prof. Dr. Hesse
Dez. IV

gez. Schultze
Schriftführung